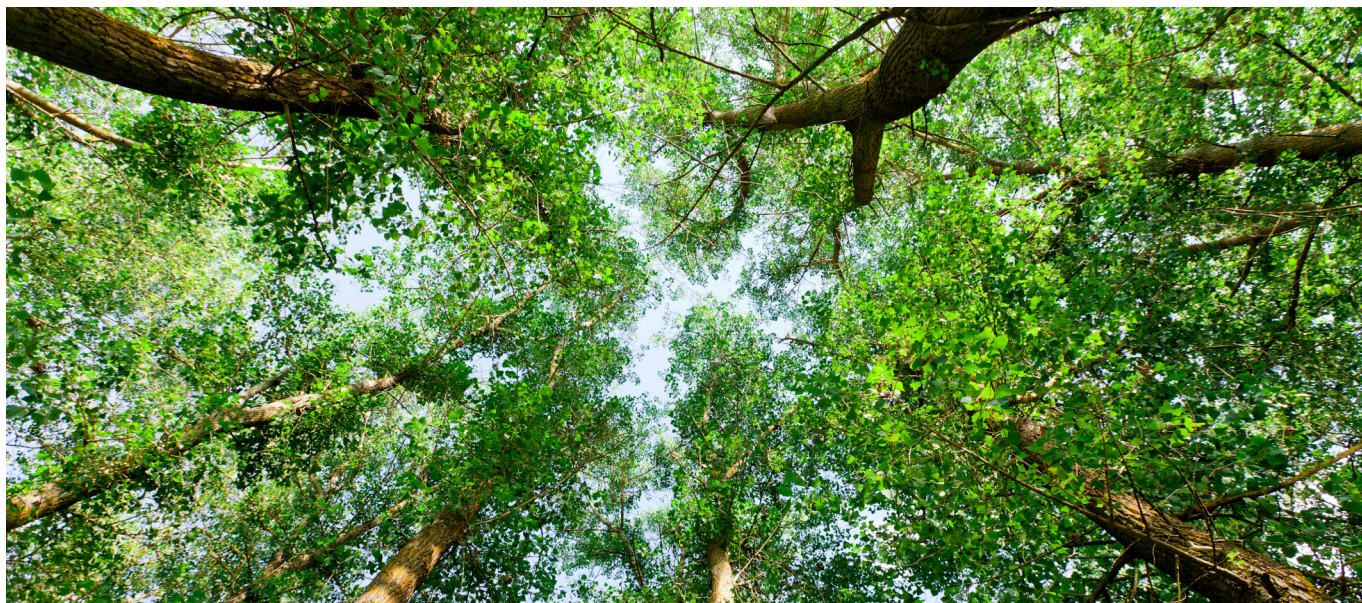




Rechtes Klima

Von Christoph Streissler

Immer mehr Wähler:innen in Österreich, in der EU und weltweit geben ihre Stimme rechten Parteien. Was bedeutet das für die Ziele der Klimapolitik und für das europäische Projekt des Grünen Deal?

Viele Menschen in Europa blicken fassungslos auf die weltpolitischen Entwicklungen der letzten Tage und Wochen. Die USA sind dabei, der Ukraine ihre bisherige militärische Hilfe zu entziehen. Das schwächt deren Fähigkeit zum Widerstand gegen den kriegesischen Überfall durch Russland deutlich. Damit kann auch Europa nicht mehr auf die Unterstützung der USA zählen. Daher steht nun Aufrüstung ganz oben auf der Tagesordnung.

Unmittelbarer Auslöser dieser Entwicklung ist die Änderung der Haltung der USA seit dem Antritt von Donald Trump als Präsident. Aber das ist keine plötzliche Entwicklung. Die auf Frieden und internationale Kooperation ausgerichtete Politik ist schon seit längerem in der Defensive – man denke nur an Russland unter Putin, an Brasilien unter Bolsonaro oder an Ungarn unter Orban. Die Leitfiguren dieser Politik

sind Männer, die durch das Zerschlagen bestehender Strukturen ihre Macht zur Schau stellen, diese damit gleichzeitig festigen, die das „Recht des Stärkeren“ vertreten und die die Zugehörigkeit zum herrschenden Volk oder zur Rasse als entscheidendes Kriterium dafür sehen, ob Menschen die Bürger:innenrechte zukommen sollen.

Das sind Merkmale einer rechten Politik, wie sie auch in vielen europäischen Staaten immer mehr Zulauf bekommt. Diese Parteien stellen das Trennende über das Gemeinsame. Ihr Verhältnis zum Staat ist ambivalent: er wird dort in Misskredit gebracht und zerstört, wo er – etwa als Sozialstaat – für den Schutz der Schwächeren da ist. Wo er hingegen Sicherheit und Ordnung garantiert, wird er gestärkt. Die Lippenbekenntnisse gelten dem „Volk“, die tatsächliche Politik aber den reichen Eliten.

Dieser letzte Punkt ist der Grund, warum viele Unternehmen und ihre Lobbyorganisationen die rechte Politik unterstützen, sowohl ideologisch als auch finanziell. Sie erwarten, dass rechtliche Schranken für ihre Profitmaximierung abgebaut werden und dass sie die verbleibenden Mittel des Staates in ihre Kassen umlenken können. Die gebetsmühlenartig wiederholte Forderung nach Deregulierung ist ein Beispiel für die diskursive Vorherrschaft der Rechten bei den Begriffen. Denn sie lässt erfolgreich vergessen, dass die Regulierungen, die sie im Visier haben, ursprünglich zum Schutz Schwächerer eingeführt wurden.

Diese politische Rechtswende findet nicht nur dort statt, wo unzweifelhaft rechte Parteien an die Macht kommen. Weil auch andere, vor allem konservative oder liberale Parteien um Wähler:innen rechts der Mitte werben, übernehmen auch sie



zusehends einige dieser rechten Positionen.

Es scheint angesichts der wachsenden Gefahr einer Eskalation des Krieges fast lächerlich, sich darüber Gedanken zu machen, wie dieser Kurswechsel nach rechts sich auf die Zukunft der Klima- und Energiepolitik auswirkt. Aber auch wenn die Kriegsgefahr eine viel unmittelbare Bedrohung darstellt, so verschwindet die Klimakrise ja nicht. Dass laufend neue Hitze- oder Trockenheitsrekorde aufgestellt werden, zeigt, dass auch aus diesem Grund die sichere Lebensmittelversorgung, die Energieversorgung, die Wasserversorgung etc in Gefahr sind.

Der Grüne Deal der letzten EU-Kommission war ein von Optimismus getragenes Projekt, das für die EU eine weltweite Führungsrolle bei grünen Technologien sah. Doch die Nachwehen der Covid-Pandemie, die Energiepreiskrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und die folgende Rezession ließen Zweifel daran aufkommen, ob das Projekt eines grünen Kapitalismus tragfähig ist. Dieser Zweifel äußerte sich auch deutlich in den Ergebnissen der Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024. Rechte Parteien, die sich gegen die ambitionierte Klimapolitik und den Green Deal stellen, konnten deutliche Stimmengewinne verzeichnen.

Auch die Reaktion der USA auf die Krise färbte auf die EU ab. Schon während der Präsidentschaft Joe Bidens wurde mit dem „Inflation Reduction Act“ (IRA – Gesetz zur Inflationsbekämpfung) eine protektionistische Politik verfolgt, bei der es staatliche Subventionen bzw. Steuergeschenke für die Unternehmen gab, die in den USA produzieren. In der Folge ging auch die EU-Kommission von ihrer strengen Haltung gegenüber staatlichen Beihilfen ab und erlaubte umfangreiche Subventionsprogramme der Staaten für die europäischen Unternehmen –

Programme, die vor allem den Unternehmen zugute kamen.

Doch die Wirtschaft erholte sich nicht. Daher beauftragte die EU-Kommission den früheren Chef der Europäischen Zentralbank und kurzzeitigen italienischen Ministerpräsidenten, Mario Draghi, Empfehlungen zu erarbeiten, wie die Situation verbessert werden könnte. Die Hauptbotschaft von Draghis Bericht lautet, dass viel mehr Investitionen nötig seien, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Produktivität in der EU wieder zu steigern.

Der Draghi-Bericht war einer der Pfeiler des politischen Programms, das Ursula von der Leyen letztes Jahr dem Europäischen Parlament präsentierte, um als Kommissionspräsidentin wiedergewählt zu werden. Die schlechte wirtschaftliche Situation der EU und das gleichzeitige Erstarken der rechten Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament prägten ihr Programm, das viele Zugeständnisse an die Rechte enthält. Visionen einer Weiterentwicklung der Gesellschaft treten in den Hintergrund, Solidarität und Gerechtigkeit verlieren als politische Ziele Bedeutung. Stattdessen wird die Politik zusehends an den Interessen der Besitzenden (Industrieunternehmen, Eliten) ausgerichtet.

Konkret lässt sich dies an zwei Gesetzen zeigen, bei denen die neue Kommission gegenüber früher eine Kehrtwendung vornimmt: dem Lieferkettengesetz und der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Als vor zwei Jahren das EU-Lieferkettengesetz beschlossen wurde, galt es als Meilenstein einer weltweiten Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer:innen und des Umweltschutzes. Die EU stand damit international gegen Zwangsarbeit, Rodung von Urwäldern und Umweltzerstörung auf. Doch nun wird es als Belastung für die Wirtschaft bezeichnet, und die neue Kommission übernimmt diese Behauptung der Unternehmerv-

bände. Nach dem Vorschlag vom Februar soll das Gesetz fast ersatzlos gestrichen werden. Die Entscheidung, die vorgeschriebene Sorgfaltspflicht der Unternehmen zu verwässern, ist Ausdruck eines regulatorischen Rückzugs, der sowohl moralisch als auch wirtschaftlich kurzsichtig ist, so das Center for European Policy Studies (CEPS).

Ähnlich verhält es sich mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Social Responsibility Directive – CSRD). Dieses Gesetz verpflichtet Unternehmen, über ihre sozialen und ökologischen Ziele und Vorhaben zu berichten und auch ihr unternehmerisches Handeln an diesen auszurichten. Damit sollen Investor:innen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Verbraucher:innen in die Lage versetzt werden, die Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen zu bewerten. Doch statt diese weiter auszubauen, werden die Anforderungen an Unternehmen nun als bürokratische Belastungen verunglimpft, die ihre Wettbewerbsfähigkeit schmälern. Damit begründet die neue Kommission, weshalb sie den Anwendungsbereich dieser Richtlinie drastisch einschränken will, sodass nur mehr sehr große Unternehmen darunter fallen.

Diese zwei Beispiele lassen auch in der Klimapolitik nichts Gutes erwarten. Denn Unternehmervverbände stellen die Anforderungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen immer lauter in Frage. Noch sind keine konkreten Vorschläge zur Änderung des EU-Klimagesetzes in Sicht, das die Reduktionsziele bis 2040 festschreiben soll. Doch es muss genau beobachtet werden, ob die bisherige ambitionierte Zielsetzung der EU auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert wird.

Auf der Ebene der Mitgliedsstaaten kann dieser Schwenk nach rechts noch viel deutlicher und rascher erfolgen. Fast hätten sich Anfang des



Jahres FPÖ und ÖVP auf eine Regierung geeinigt. Das Programm, das diese beiden Parteien weitgehend ausgearbeitet hatten, enthielt in vielen Bereichen gravierende Verschlechterungen für die Arbeitnehmer:innen, etwa bei Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder Gleichstellungspolitik. Einige der Vorschläge standen in offenem Widerspruch zur Verfassung oder zu Grundrechten. In der Wirtschaftspolitik war der Entwurf primär an den Wünschen der Unternehmen ausgerichtet. So ist etwa die angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten eine Entlastung der Arbeitgeber:innen. Ihre

Folge ist eine Schwächung des Sozialstaates und damit ein Nachteil für die Arbeitnehmer:innen. Denn der Staat kann dann weniger Geld für Bildung, Gesundheit, Pensionen etc. ausgeben.

Ein weiteres Beispiel: Sowohl auf der Ebene der EU als auch in Österreich wird regelmäßig der bürokratische Aufwand von Genehmigungsverfahren beklagt. Es wird so getan, als seien sie nur dazu erfunden worden, den freien Unternehmensegeist zu fesseln. Damit wird davon abgelenkt, dass die Verfahren dazu dienen, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu brin-

gen. Denn neben dem Interesse, eine Straße oder ein Windrad zu errichten, gibt es ja auch andere, etwa die Landwirtschaft, den Naturschutz, den Schutz des Grundwassers um nur ein paar zu nennen. Wenn Verfahrensbeschleunigung darin besteht, dass die Parteienrechte eingeschränkt werden, so besteht die Gefahr, dass diese anderen Interessen unter die Räder kommen.

Es versteht sich, dass es sich bei diesem Abbau von Standards nicht um unbeabsichtigte Irrtümer handelt. Vielmehr zeigt sich darin eine Verschiebung weg von einer Politik der Kooperation und des Interessenausgleichs hin zu einer Politik der Isolation, der internationalen Konkurrenz und des zunehmenden Rechts des Stärkeren. Im Widerspruch zu ihren Lippenbekenntnissen machen die Rechten eine Politik für die Wenigen, für die Reichen, für die Eliten. Dem gilt es entgegenzutreten, wenn der soziale und ökologische Umbau hin zu einer gerechten Gesellschaft gelingen soll.

Dieser Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung eines Textes, der in der AK-Zeitschrift „Wirtschaft und Umwelt“ (2/2025) erschien.

Christoph Streissler arbeitet in der Abteilung Klima, Umwelt und Verkehr der Arbeiterkammer Wien unter anderem zum Thema der gerechten Gestaltung von Klimapolitik in Österreich und in der EU.

